

## Anlage

Lübeck, 17.01.2013

Aufgrund eines Beschlusses des Ältestenrates vom 19.10.2000 werden TO-Punkte nicht auf die Tagesordnung genommen, wenn ein Bericht oder eine Vorlage nicht bis zur Sitzung vorgelegt werden kann und der entsprechende TO-Punkt somit vertagt werden müsste.

Nachfolgend sind die TO-Punkte aufgeführt, deren Behandlung aufgrund einer Fristsetzung der Bürgerschaft in der Sitzung am 31.01.2013 hätte erfolgen müssen.

Des Weiteren sind auch die TO-Punkte aufgeführt, bei denen gegenüber der Bürgerschaft über die Gründe der Nichterledigung hätte berichtet werden müssen. Denn gemäß Beschluss der Bürgerschaft vom 25.01.2001, TOP 4.2, Drs. Nr. 833, ist bei nicht erledigten Berichtsaufträgen

a) bei gesetzten Fristen bis spätestens zu der Frist der nachfolgenden Sitzung

b) bei nicht befristeten Berichtsaufträgen spätestens nach 18 Monaten

zu berichten, was der Erledigung im Wege steht und wann mit einer Vorlage des Berichtes gerechnet wird.

<b>N r.</b>	<b>Datum</b>	<b>TOP</b>	<b>Drs.Nr.</b>	<b>Antragsteller</b>	<b>Gegenstand</b>	<b>Grund der Terminverschiebung</b>	<b>Voraussichtliche Vorlage zur Bürgerschaftssitzung im/am</b>
1	26.05.1994	10.3	55	Senat	Städtebauliche Neuordnung des Altstadtrandes von Travemünde	Der überarbeitete Entwurf der Vorlage "Masterplan Fischereihafen", als Grundlage für die zukünftige Entwicklung der Neuordnung des Fischereihafens und des westlichen Altstadtrandes von Travemünde und für die notwendigen Bauleitplanverfahren, wird voraussichtlich der BÜ im März 2013 vorgelegt werden können.	März 2013
2	28.09.2006	4.5	288	CDU	Grünkonzept Warendorplatz/Brolingplatz	Die Planungsmittel für den Brolingplatz sind im beschlossenen Investitionshaushalt 2013 enthalten. Nach der Freigabe durch den IMI und Mittelbereitstellung werden die Ausführungsplanung und das Leistungsverzeichnis beauftragt und in der zweiten Jahreshälfte erarbeitet, die Baumaßnahme für den Haushalt angemeldet.	November 2013
3	11.10.2007	4.13	799	SPD	Gewerbelandentwicklung	Es sind noch Abstimmungen mit fachübergreifende Bereiche in Vorbereitung	November 2013
4	25.09.2008	4.21	164	FDP	Künftige Nutzung des Grundstücks Falkenstraße 37/39 in Lübeck	Erbbaurecht Verlagerung von Tanzclub und Judoclub ist noch nicht abschließend geklärt.	Februar 2014

5	28.01.2010	4.11	932	CDU	Umgestaltungen Broilingplatz und Schlutuper Markt	Die Umgestaltung des Schlutuper Marktes ist abgeschlossen, das Konzept wurde im Bauausschuss vorher diskutiert, dann beschlossen. Die Planungsmittel für den Broilingplatz sind im Investitionshaushalt 2013 enthalten. Nach der Freigabe durch den IMI und Mittelbereitstellung werden die Ausführungsplanung und das Leistungsverzeichnis beauftragt, die Baumaßnahme für den Haushalt angemeldet.	November 2013
6	28.01.2010	6.4	186	Grüne	Sozialticket	Wegen nicht vorhandener Personalressource ruht der Auftrag momentan.	Februar 2014
7	25.02.2010	12.2	326	SPD, LINKE, Grüne	Haushaltsbegleitbeschluss 2010, Ziffer 13.)	Kondi-Konzept beschlossen im Nov. 12, öffentlich-rechtlicher Vertrag mit Land am 18.1.13 unterzeichnet, Beschlussfassung BÜ. zum Vertrag bis März 13	September 2013
8	01.07.2010	4.33	603	SPD, Grüne, Linke	Regelmäßige Sachstandsberichte zur Universität und dem UKSH	Kein neuer Sachstand	März 2013
9	24.02.2011	12.3	29	SPD/Grüne/Linke	Prüfaufträge Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und ihrer Umsetzung <b>3. Mobilität für alle - Sozialticket für Lübeck</b>	Wegen nicht vorhandener Personalressource ruht die Bearbeitung momentan.	Februar 2014
10	24.02.2011	12.3	29	SPD/Grüne/Linke	Prüfaufträge Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und ihrer Umsetzung <b>4. Vergabe von Planungsaufträgen</b>	Die Abstimmungen können noch nicht abgeschlossen werden und weitere Gespräche müssen noch folgen. Der Bericht für die Bürgerschaft wird sich auf die November-BÜ verzögern.	November 2013
11	24.11.2011	12.3	4.28	SPD/Grüne/Linke	Haushaltssatzung 2011/ Stellenplan/ Haushaltsbegleitbeschluss <b>2. Aufgabenreduzierung des Kurbetrieb Travemünde</b>	Am Bericht wird noch gearbeitet	März 2013

12	24.02.2011	12.3	28	SPD/Grüne/Linke	Haushaltssatzung 2011/ Stellenplan/ Haushaltsabgeleitbeschluss <b>9. Einrichtung eines Bauinvestitionskostencontrolling</b>	Im Haushalt 12 ist eine Funktion für ein Bauinvestitionscontrolling (BIC) zentral im FB 1 eingeplant worden. Die inhaltliche Konzeption für diese Aufgabe liegt ebenfalls vor und ist verwaltungsseitig auch abgestimmt. Eine Besetzung der Funktion ist allerdings bisher nicht erfolgt aufgrund der nach wie vor dramatischen Defizitlage des Gesamthaushaltes und vor dem Hintergrund der deutlich eingeschränkten Investitionstätigkeit aufgrund der drastischen Kreditkürzungen durch das Innenministerium in den letzten Jahren. Der zusätzliche Personaleinsatz für das Kondi-Konzept hatte darüber hinaus nach Abwägung in der derzeitigen Haushaltssituation Priorität, die gleichzeitige Besetzung des BIC musste zurückgestellt werden und wird verwaltungsseitig wieder aufgegriffen, wenn in Folge der verstärkten Konsolidierungsanstrengungen etwas Entspannung in der Gesamthaushaltssituation eingetreten ist. Das Kondi-Projekt ist zunächst terminiert bis zum 31.3.2014.	Januar 2014
13	24.11.2011	4.40	488	FDP	Bericht Besetzung Baukostencontrolling	s. o.	Januar 2014
14	24.11.2011	4.34	482	SPD	Beleuchtung von städtischen/öffentlichen Bolzplätzen	Der Termin war wegen personeller Engpässe nicht zu halten, eine Vorlage ist jetzt für die März-Sitzung geplant.	März 2013
15	24.11.2011	4.6	370	SPD/Bündnis 90/Linke	Verkehrssituation in St. Lorenz Nord verbessern	Dem Bauausschuss ist in seinen Sitzungen am 14.05., 17.09. und 22.10.2012 sowohl über dieses Thema "Verkehrssituation St.Lorenz" als auch über den Bürgerschaftsbeschluss vom 23.02.2012, TOP 4.16, Drsnr.387 zum gesamtstädtischen Thema "Durchgangsverkehr in Tempo 30 Zonen" ausführlich berichtet worden. Vor dem Hintergrund der geführten Diskussionen im Bau-A. wird der Fachbereichs 5 bzw. die	September 2013

						Verkehrsplanung nunmehr einen abschließenden Bericht zu den bestehenden Bürgerschaftsaufträgen zum Themenfeld "Tempo 30 Zonen" im 3.Quartal 2013 in die Bürgerschaft geben.	
16	26.01.2012	4.5	502	SPD/Bündnis 90/Linke	Fremdenverkehrsabgabe im gesamten Lübecker Stadtgebiet	Kein neuer Sachstand	März 2013
17	27.09.2012	4.7	967	SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE	Maßnahmen zur Umsetzung der "Touristischen Wachstumsstrategie Lübeck 2020 plus")	Bericht ist in Bearbeitung	Februar 2013
18	29.11.2012	4.10	36	SPD	Neuüberplanung des Altstadthafens	Die Bearbeitung soll bis zur März-Bürgerschaftssitzung abgeschlossen werden.	März 2013

Datum	TOP	Drs.Nr.	Antragsteller	Gegenstand	Kurzfassung des Beschlusstextes
26.05.1994	10.3	55	Senat	Städtebauliche Neuordnung des Altstadttrandes von Travemünde	Bericht über die zeitlichen, verfahrensmäßigen, liegenschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Realisierung der geplanten Maßnahmen
26.05.1994	10.3	55		Städtebauliche Neuordnung des Altstadttrandes von Travemünde	s.o.
26.05.1994	10.3	55	Senat	Städtebauliche Neuordnung des Altstadttrandes von Travemünde	s.o.
28.09.2006	4.5	288	CDU	Grünkonzept Warendorpplatz/ Broilingplatz	Der Warendorpplatz wird nicht durch die Hansestadt Lübeck erworben. Das Grundstück wird nicht als Grünfläche ausgewiesen. Der Bürgermeister wird aufgefordert bis Januar 2007 ein Konzept zur Umgestaltung des Broilingplatzes vorzulegen und bei der Ausarbeitung des Bebauungsplanes für das Gelände des ehemaligen Schlachthofes (VION) ausreichend Grünflächen auszuweisen.

Termin	Wvl. zur Sitzung	Auftrag an FB	Bereich	ggf. weitere	Sachstand
ohne Termin September 2002	Januar 2013	5			<p><b>Stand 11/95:</b> Ausgeschriebener Wettbewerb ist abgeschlossen, Verhandlungen mit Investoren sollten folgen. <b>Stand 12/02:</b>Verfahren ruht da bisher keine Investoren vorhanden sind. Verhandlungen mit Projektentwicklern laufen. <b>Stand 01/05:</b> Die Abstimmung mit der Kommunalaufsicht S-H zur Gründung einer Entwicklungsgesellschaft läuft derzeit. Eine Entscheidung wird für Anfang 2005 erwartet. Die Verhandlungen mit den Projektentwicklern laufen. <b>Stand 05/05:</b> Der Auftrag wird weiterhin verfolgt, gemeinsam mit dem Bürgerschaftsauftrag vom 30.01.2003 (TOP 4.19) zur Entwicklung des zentralen Kurgebietes Travemünde. <b>Stand 06/05:</b> Zu TOP 16.3 liegt der Bürgerschaft in der Sitzung am 23.06.2005 ein Zwischenbericht vor. <b>Stand 01/06:</b> Zurzeit sind noch interne Beratungen zu der Aufgabenstellung notwendig, die als Grundlage für eine EU-weite Ausschreibung dient. <b>Stand 03/06:</b> Die Vorlage wird derzeit erarbeitet. <b>Stand 05/06:</b> Es sind noch weitere Abstimmungen erforderlich. Die Vorlage ist zur Bürgerschaftssitzung im Juni 2006, gemeinsam mit TOP 4.15, Drs. 342 der BÜ vom 30.01.03 vorgesehen.</p>
ohne Termin September 2002	Januar 2013	5			<p><b>Stand 06/06:</b> Ein mündlicher Bericht ist in der Bauausschusssitzung am 15.05.2006 vorgetragen worden. Der schriftliche Bericht ist für die Bürgerschaftssitzung im September 2006 vorgesehen. <b>Stand 08/06:</b> Die Vorlage "Maritime Entwicklung Travemünde" ist am 29.06.2006 von der Bürgerschaft beschlossen worden mit dem Auftrag, die Entwicklung auf den Grundstücken Fischereihafen, Baggersand, Parkhaus am Lotsenberg, Bertlingstr./ Strandbahnhof und Parkallee/Tennis- und Hockeyclub einzuleiten. Der Auftrag ist begonnen worden. Der Bürgerschaft wird im Juni 2007 über den Stand berichtet. <b>Stand 06/07:</b> Zum Entwicklungsbereich Fischereihafen/Baggersand wurden diverse Gespräche mit Projektentwicklern geführt, ein konkretes Investitionsinteresse ist nicht vorhanden. Für das Grundstück "Parkhaus Am Lotsenberg" steht ein Investor fest, das Bauleitplanverfahren ist eingeleitet. Das Grundstück Bertlingstraße/Strandbahnhof kann dann erst in die Vermarktung gehen, wenn auf der Grundlage des in der Aufstellung befindlichen B-Planes der ZOB verlagert werden kann. Für das Grundstück Parkallee/Tennis- und Hockeyclub liegt ein Investitionsinteresse vor, die Anhandgabe wird vom Bereich Liegenschaften vorbereitet. <b>Stand 07/08:</b> Für den Entwicklungsbereich Fischereihafen/Baggersand Mitte liegt ein konkretes Investitionsinteresse vor. Vorabstimmungen werden mit allen zuständigen Fachbereichen geführt. - Bauleitplanverfahren "Verlängerung Paul-Brümmer-Straße/Parkhaus Lotsenberg": <b>Stand 01/09:</b> Flächennutzungsplan-Änderung abschließender Beschluss IV. Quartal 08. B-Plan Satzungsbeschluss IV/08 oder I/09 vorgesehen. Realisierung in mehrten Abschnitten ab 2010.- Grundstück Parkallee/TTHC: Aufgrund Rechtsprechung EU-weite Ausschreibung erforderlich, wird vom Bereich 2.280 vorbereitet. <b>Stand 03/09:</b> Die Machbarkeit des Projektes "Fischereihafen/Baggersand-Mitte" ist noch nicht abschließend geklärt. <b>Stand 05/09:</b> Kein neuer Sachstand. <b>Stand 09/09:</b> Kein neuer Sachstand. <b>Stand 10/09:</b> Kein neuer Sachstand. <b>Stand 02/10:</b> Es hat ein Termin mit dem Investor Anfang Februar stattgefunden. Es besteht weiterer Abstimmungsbedarf - nächster Termin voraussichtlich Ende März/Anfang April 2010. Eine Vorlage für die Bürgerschaft wird für Mai 2010 angestrebt. <b>Stand 05/10:</b> Die Gespräche mit dem Investor sind noch nicht abgeschlossen.</p>
ohne Termin September 2002	Januar 2013	5			<p><b>Stand 11/10:</b> Die Abstimmungen des Investors mit den privaten Grundstückseigentümern sind noch nicht abgeschlossen. <b>Stand 05/2011:</b> Der Investor will die Gespräche mit der Verwaltung im Mai/Juni aufnehmen. <b>Stand 06/11:</b> Ergebnis eines Gespräches im Juni mit Vertretern des Investors und der Verwaltung hat ergeben, dass ein städtebauliches Gesamtkonzept erarbeitet wird, das als Grundlage für die Bauleitplanung den Gremien vorzustellen ist. <b>Stand 11/11:</b> Zurzeit werden die Rahmenbedingungen für den zu erarbeiteten Masterplan (Gesamtkonzept) erstellt. <b>Stand 11/12:</b> Der Bereich Stadtplanung erarbeitet zzt. eine Vorlage für den Masterplan Fischereihafen; es ist vorgesehen, diese der BÜ im Januar 2013 vorzulegen.</p>
Januar 2007	Januar 2013	5			<p><b>Stand 11/06:</b> Die Umgestaltung und Aufwertung des Brolingplatzes ist aus städtebaulichen Gründen wünschenswert. In der Friedenstraße sind im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Nordtangente (voraussichtlich Ende 2007) bereits punktuelle Maßnahmen zur Sicherung der Tempo 30-Geschwindigkeitsbeschränkung in Planung. Die Konzepterarbeitung und die erforderlichen Abstimmungen für die Umgestaltung des Brolingplatzes können aufgrund der Jahres-arbeitsplanung 2006 des Bereiches Stadtplanung erst im Laufe des ersten Halbjahres 2007 erfolgen. Diese stehen somit im notwendigen zeitlichen Zusammenhang mit der Nordtangenteplanung. Die Ausweisung von ausreichenden Grünflächen auf dem Gelände des ehe-maligen Schlachthofes wird bei der weiteren Konzeptabstimmung mit VION/Entwickler berücksichtigt. Sobald ein Konzeptergebnis vorliegt, wird die Bürgerschaft informiert. <b>Stand 01/07:</b> Unter Berücksichtigung der erforderlichen Abstimmungen ist es Ziel der Arbeitsplanung, das Konzept zur Umgestaltung des Brolingplatzes im Juni 2007 der Bürgerschaft zur Entscheidung vorzulegen. <b>Stand 06/07:</b> Die Erarbeitung des Konzeptes ist noch im Verfahren. <b>Stand 01/08:</b> Der Bericht befindet sich zur Zeit in der Abstimmung.</p>

Datum	TOP	Drs.Nr.	Antragsteller	Gegenstand	Kurzfassung des Beschlusstextes
28.09.2006	4.5	288	CDU	Grünkonzept Warendorpplatz/ Broilingplatz	Der Warendorpplatz wird nicht durch die Hansestadt Lübeck erworben. Das Grundstück wird nicht als Grünfläche ausgewiesen. Der Bürgermeister wird aufgefordert bis Januar 2007 ein Konzept zur Umgestaltung des Broilingplatzes vorzulegen und bei der Ausarbeitung des Bebauungsplanes für das Gelände des ehemaligen Schlachthofes (VION) ausreichend Grünflächen auszuweisen.
11.10.2007	4.13	799	SPD	Gewerbelandentwicklung	Der Bürgermeister wird gebeten, der Lübecker Bürgerschaft bis Ende November 2007 zu berichten, an welchen Standorten und in welchem Zeitraum in Lübeck zusätzliche Gewerbeflächen ausgewiesen werden müssen bzw. können.
11.10.2007	4.13	799	SPD	Gewerbelandentwicklung	s. o.
11.10.2007	4.32	821	CDU	Einführung von eGovernment und eines Rathaus-informationssystems in der Verwaltung	Die Lübecker Bürgerschaft betrachtet den einzurichtenden Zugang zum Intranet der Verwaltung als Bestandteil einer umfassenden eGovernment - Strategie. Der Bürgermeister wird außerdem beauftragt, über die Möglichkeiten der Einführung des eGovernment zur Überprüfung von bestehenden Verwaltungsverfahren und ihrer umfassenden Umstellung in digitale Form bis zur Februar-Sitzung 2008 zu berichten. Der Bericht sollte insbesondere folgende Themen behandeln: <b>1.</b> Überprüfung bestehender Verwaltungsverfahren auf ihre Notwendigkeit und digitale Praktikierbarkeit. <b>2.</b> Konsequente Abschaffung von Verwaltungsverfahren, die sich durch diese Überprüfung als unnötig oder nicht mehr zeitgemäß erweisen. <b>3.</b> Die schrittweise Umstellung von Verwaltungsverfahren auf digitale Prozesse wird in einem Zeitplan skizziert. <b>4.</b> Die Einführung eines Ratsinformationssystems (RIS) zur effizienteren Information der und Kommunikation mit den politischen Entscheidungsträgern und zum Abbau der vorhandenen Papierberge wird vorbereitet. Das RIS soll auch ein digitales Archiv von Berichten und Verwaltungsvorlagen der letzten Jahre beinhalten. Sponsoringmöglichkeiten werden geprüft.

Termin	Wvl. zur Sitzung	Auftrag an FB	Bereich	ggf. weitere	Sachstand
Januar 2007	Januar 2013	5			<p><b>Stand 07/08:</b> Im Rahmen der Nachnutzung Schlachthofgelände wurde eine Freiflächenentwicklung auch für die Bewohner von St. Lorenz Nord dem Projektentwickler aufgegeben, der diese aus wirtschaftlichen Gründen nicht in die Planung aufnahm. Zwischenzeitlich ist der Projektentwickler von dem Projekt zurück getreten. Im Hinblick darauf, dass Finanzmittel für eine Umgestaltung des Broilingplatzes vor 2010 nicht zu erwarten sind, wird FB 5 im Jahre 2009 ein Planungskonzept vorlegen. <b>Stand 10/09:</b> Die Finanzmittel zur Umgestaltung des Broilingplatzes wurden vom Bürgermeister gestrichen. Das Schlachthofgelände wird im Auftrag der VION zur Zeit von einem Projektentwickler an den Markt gegeben. Es wird an einem Gesamtkonzept der Stadtteilzentren gearbeitet. Nach Abschluss dieser Planung wird die Entwicklung eines Gestaltungskonzeptes wieder aufgenommen. Über die Möglichkeiten einer stufenweisen Umsetzung wird dann dem Bausschuss und der Bürgerschaft berichtet. <b>Stand 03/10:</b> Es wird im Frühjahr 2010 ein Planungsworkshop durchgeführt. Die daraus entstehende Konzeptplanung wird der Bürgerschaft voraussichtlich vor den Sommerferien vorgestellt <b>Stand 06/10:</b> Für den Broilingplatz ist ein Wettbewerbs-verfahren vorgesehen. Die Preisgerichts-sitzung ist im September 2010 geplant. Eine Berichterstattung erfolgt nach Überprüfung der Kostenschätzung voraussichtlich in der November-Bürgerschaft. Aufgrund des Bürgerschafts-beschlusses zur Privatisierung des Warendorplatzes liegen für diesen keine städtischen Planungen vor. <b>Stand 11/10:</b> Das Gutachterverfahren Broilingplatz ist abgeschlossen. <b>Stand 12/10:</b> Aufgrund der ungeklärten Haushaltssituation +L19 kann der Planungsauftrag mit Ermittlung der Kosten zzt. nicht vergeben werden. Erst nach Sicherstellung der Finanzierung ist eine Weiterbearbeitung möglich. <b>Stand 06/11:</b> Aufgrund der kritischen Haushaltslage mit Einschränkung der Kreditemächtigung ist z. Z für den Broilingplatz keine Aussage über weitere Schritte möglich. Für Roddenkoppel und Schlachthof ist die Konzeptentwicklung noch nicht abgeschlossen. <b>Stand 01/12:</b> Aufgrund der kritischen Haushaltslage mit Einschränkung der Kreditemächtigung ist z. Z für den Broiling-</p>
November 2007	Januar 2013	2 und 5 Federführung FB 2!			<p><b>Stand 11/07:</b> Der Bericht wird erstellt. Aufgrund des hohen Abstimmungsbedarfes erfolgt eine Berichterstattung im Januar 2008. <b>Stand 01/08:</b> Der Bericht ist in Arbeit. Es ist das Ziel, der Bürgerschaft den Bericht zur März-sitzung in Abstimmung mit FB 5 vorzulegen. <b>Stand 02/08:</b> In Abstimmung mit dem Bürgermeister kann der Bericht erst im Sommer 2008 vorgelegt werden. <b>Stand 07/08:</b> Die vorbereitenden Arbeiten zur Berichterstattung sind noch nicht abgeschlossen. <b>Stand 10/08:</b> Fachbereich 2 teilt mit, dass die erforderlichen Gespräche und Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen sind; eine Berichterstattung kann frühestens im Frühjahr 2009 erfolgen. <b>Stand 11/08:</b> Fachbereich 5 teilt ebenfalls mit, dass die Vorarbeiten und Gespräche noch nicht abgeschlossen sind und eine Berichterstattung frühestens im Frühjar 2009 erfolgen kann. <b>Stand 03/09:</b> Der Bericht ist in Bearbeitung und soll den Gremien entgegengebracht werden. Der Wirtschaftsausschuss tagt erst Ende des Monats, somit ist eine Erreichung der Bürgerschaft im Mai 2009 vorgesehen. <b>Stand 05/09:</b> Der Wirtschaftsausschuss hat sich bereits in der Maisitzung damit beschäftigt. Aufgrund der Sensibilität wurden die vorhandenen Bürgerschaftsanträge dahingehend abgeändert, dass die Berichterstattung zu den Gewerbeflächen bis zum heutigen Zeitpunkt erfolgen soll. Dieser Bericht wird in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung für Juni vorbereitet. Außerdem ist eine mündliche Berichterstattung hinsichtlich der Gewerbeflächen im Wirtschaftsausschuss vorgesehen. <b>Stand 06/09:</b> Die Arbeiten dauern an. Eine Berichterstattung erfolgt nach der Sommerpause. <b>Stand 09/09:</b> Die Arbeiten dauern an. Eine Berichterstattung wird voraussichtlich im Spätherbst 2009 erfolgen. <b>Stand 10/09:</b> Die Arbeiten dauer an. <b>Stand 03/10:</b> Der Bericht ist in Arbeit. <b>Stand 05/10:</b> Die Vorlage ist in Vorbereitung. <b>Stand 06/10:</b> Der Entwurf ist zurzeit in Abstimmung mit den zu beteiligenden städtischen Bereichen. <b>Stand 09/10:</b> Die letzten Abstimmungsgespräche finden statt. <b>Stand 11/10:</b> Der Bürgerschaft liegt am 25.11.2010 zu TOP 8.3, Drs. 794 ein Zwischen-Bericht vor. -Kenntnisnahme als Zwischenbericht- <b>Stand 02/11:</b> (auch für TOP 4.21, Drs. Nr. 340 Gewerbeflächenentwicklung in Lübeck) Die beiden Bürgerschaftsaufträge wurden in der Novembersitzung durch einen Zwischenbericht zur Kenntnis genommen und sind</p>
	Januar 2013	2 und 5 Federführung FB 2!			<p><b>Stand 11/11:</b> Es werden noch Fragen zur überregionalen Zusammenarbeit und zur Reaktivierung von Brachen behandelt werden. Damit handelt der Bericht auch den BüAuftrag vom 27.01., TOP 4.9 ab. Der abschließende Bericht soll vor der Sommerpause 2012 vorliegen.</p>
Februar 2008	Januar 2013	1	105		<p><b>Stand 02/08:</b> Die Angelegenheit ist in Bearbeitung. <b>Stand 07/08:</b> Eine Berichtersattung ist zur ersten Sitzung nach der Sommerpause geplant. <b>Stand 09/08:</b> Der Bericht befindet sich in der internen Abstimmung und ist für November 2008 geplant. <b>Stand 11/08:</b> Die Aufträge zum Thema E-Government und D115 (BÜ 04.03.08, TOP 4.8, Drs. 106)) werden zusammen abgearbeitet. Ein Entwurf befindet sich in der Abstimmung. Eine Vorlage wird frühestens in der ersten oder zweiten Sitzung 2009 möglich sein. <b>Stand 02/09:</b> Der Bericht befindet sich noch in der Abstimmung. Die vorbereitenden Arbeiten an einem Dokumentenmangementssystem inkl. Ratsinformationssystem werden vor dem Hintergrund mangelnder Ressourcen der zu beteiligenden Bereiche und noch durchzuführender Prioritätsabstimmungen mit der Fachbereichsleitung für die Jahresplanung 2009 einzuplanen sein. Die Bearbeitung ist aufgrund unaufschiebbarer Maßnahmen (z. B. NKF-Doppik) und den nur eingeschränkt zur Verfügung stehenden Personalkapazitäten des Bereiches 1.105 nur bedingt möglich. <b>Stand 05/09:</b> Es besteht weiterhin Abstimmungsbedarf. <b>Stand 09/09:</b> Aufgrund anderer Prioritäten sowie der angespannten Personalsituation konnte der Auftrag noch nicht erledigt werden. <b>Stand 10/09:</b> Seit dem 1.11.2009 ist Personal für die Bearbeitung des Projektes RIS benannt worden. Ein Entwurf für Projektauftrag und -ablauf wurde bereits erstellt liegt in der Abstimmung. Mit dem Projektstart wird im November gerechnet.</p>

Datum	TOP	Drs.Nr.	Antragsteller	Gegenstand	Kurzfassung des Beschlusstextes
11.10.2007	4.32	821	CDU	Einführung von eGovernment und eines Rathaus-informationssystems in der Verwaltung	<b>5.</b> Die Kosten der Einführung von eGovernment-Verfahren werden zu der möglichen Einsparung von Arbeitszeit-, Druck- und Papierkosten ins Verhältnis gesetzt. <b>6.</b> Die Erreichbarkeit von RIS, Intranet der Verwaltung und Internet in den Sitzungsräumen der Hansestadt Lübeck wird über die Einrichtung einer W-LAN-Infrastruktur ermöglicht. Darüber hinaus steht es dem Bürgermeister frei, eigene Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung und deren Umstellung auf digitale Prozesse einzubringen.
25.09.2008	4.21	164	FDP	Künftige Nutzung des Grundstücks Falkenstraße 37/39 in Lübeck	Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen das vom Lübecker Judoclub und dem Tanzclub Hanseatic e.V. genutzte Grundstück in der Falkenstraße in das Konzept „Wohnen am Wasser“ integriert werden kann. Alternativ ist zu prüfen, ob das Grundstück sinnvollerweise aus dem Konzept ausgeklammert werden kann. Ziel soll es sein, eine möglichst zeitnahe und vorzeitige Verlängerung des bestehenden Erbbaurechtsvertrages oder einen Verkauf des Grundstückes an die beiden Vereine zu ermöglichen. 2. Die Verwaltung wird ferner beauftragt zu prüfen, ob und ggf. wo den beiden o.g. Vereinen in der Falkenstraße oder aber im näheren Umfeld geeignete Ersatz-Liegenschaften angeboten werden könnten. 3. Der Bürgerschaft ist über das Ergebnis der Prüfung in ihrer nächsten Sitzung schriftlich zu berichten
28.01.2010	4.11	932	CDU	Umgestaltungen Broilingplatz und Schlutuper Markt	Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft im Rahmen der geplanten Umgestaltungen von Broilingplatz und Schlutuper Markt bis zur November-Sitzung 2009 über Zeitplan, Kosten und mögliche Finanzierung der Projekte zu berichten. Bei den Planungen ist weit reichende Bürgerbeteiligung sicherzu-stellen. Weiterhin ist zu berichten, ob eine externe Vergabe der Planungsleistung sinnvoll ist. Anmerkung zum Protokoll: Antrag sieht eine Fristsetzung in der Vergangenheit vor, dementspr. kann nur eine Terminierung frühestens auf die nächste Sitzung vorgesehen werden

Termin	Wvl. zur Sitzung	Auftrag an FB	Bereich	ggf. weitere	Sachstand
Februar 2008	Januar 2013	1	105		<p><b>Stand 01/10:</b> Das Projekt hat begonnen, es werden zur Zeit mehrere Systeme untersucht, ein Pflichtenheft ist in Bearbeitung. <b>Stand 05/10:</b> Der Entwurf des Pflichtenheftes liegt vor und befindet sich in der Abstimmung. Ein Kickoff-Meeting wird vorbereitet. <b>Stand 09/10:</b> Die Bearbeitung ist nach Abschluss der Stellenbesetzung im BdB wieder aufgenommen worden. Die Angelegenheit wird mit Priorität verfolgt. <b>Stand 01/11:</b> Der Vertrag zur Einführung des Ratsinformationsgesetzes ist unterzeichnet, eine Info-Veranstaltung für die Politik hat stattgefunden, die Umsetzung erfolgt sukzessive. <b>Stand 10/11:</b> Die Einführung des Ratsinformationssystem befindet sich im Verfahren. <b>Stand 03/12:</b> Kick-off steht bevor, System wird eingerichtet, Schulungsplanung in Arbeit. <b>Stand 07/12:</b> Das Verfahren wurden der Verwaltung und den Fraktionen vorgestellt. Die Schulungen sind für Aug/Sept. geplant mit einer anschl. "Probephase". Der Echtbetrieb ist ab Januar 2013 geplant.</p>
November 2008	Januar 2013	2			<p><b>Stand 10/08:</b> Ein Zwischenbericht befindet sich im Verfahren. <b>Stand 11/08:</b> Der Bürgerschaft liegt am 27.11.08 zu TOP 8.18, Drs. Nr. 378 der Zwischenbericht vor. Kenntnisnahme <b>Stand 02/09:</b> Zurzeit werden mit den Vereinen Gespräche über die Möglichkeiten eines Neubaus auf dem Phönix-Gelände geführt. Die Prüfungen werden voraussichtlich Ende des Jahres abgeschlossen sein. Danach erfolgt der Bericht. <b>Stand 01/10:</b> Der Fachbereich 2 steht in Verhandlungen mit den Vereinen Lübecker Judo-Club, Tanzclub Hanseatic Lübeck sowie dem LBV Phönix über die Verlagerungsmöglichkeiten auf das Vereinsgelände des LBV Phönix und/oder eine städtische Fläche. Mit der Beratungs- und Beschlussreife für eine entsprechende Vorlage nach Abschluss der Verhandlungen und erforderlichen Prüfungen wird Ende 2010 gerechnet. <b>Stand 11/10:</b> Grundsätzliche Bereitschaft zur Verlagerung auf eine Teilfläche. Zurzeit Abstimmung zwischen den Vereinen zur Flächeninanspruchnahme. Beschlussvorlage für Neubestellung des Erbbaurechtes geplant für Bürgerschaft Mai 2011. <b>Stand 05/2011:</b> Es gibt einen abgestimmten Standort für die Verlagerung. Die Vereine prüfen noch zwei Alternativstandorte. Vorlage ist für Bü Februar 2012 vorgesehen.</p>
Februar 2010	Januar 2013	5			<p><b>Stand 02/10:</b> Eine Beteiligung wird zurzeit vorbereitet; der Bürgerschaft wird voraussichtlich zur März-Sitzung ein Zwischenbericht über Zeitplan und Umsetzung der Projekte vorgelegt. <b>Stand 03/10:</b> Der Zwischenbericht ist noch in der Abstimmung. <b>Stand 05/10:</b> Die Abstimmungen sind noch nicht abgeschlossen. Der Zwischenbericht ist für Juli vorgesehen. <b>Stand 06/10:</b> Ein Wettbewerbsverfahren ist zum Broilingplatz vorgesehen. Die Preisgerichtssitzung ist im September geplant. Eine Berichterstattung erfolgt nach Überprüfung der Kostenschätzung voraussichtlich in der November-Bürgerschaft. Für den Schlutuper Markt sind Mittel für den Abbruch der ehemaligen Wartehalle sowie für die Planung im Haushalt vorgesehen. Die weitere Bearbeitung kann erst nach der Haushaltsfreigabe erfolgen. <b>Stand 11/10:</b> Das Gutachterverfahren Broilingplatz ist abgeschlossen. Eine Berichterstattung für die Bürgerschaft wird für Januar 2011 vorgesehen. Für den Schlutuper Markt gibt es zzt. keine Änderung im Sachverhalt zum Stand 05/10, da es noch keine Haushaltsfreigabe gibt. Hierzu kann eine Berichterstattung für die Bürgerschaft frühestens im Juni 2011 erfolgen. <b>Stand 01/11:</b> Wegen ungeklärter Haushaltslage kann kein Planungsauftrag vergeben werden. <b>Stand 06/11:</b> Aufgrund der kritischen Haushaltslage mit Einschränkung der Kreditemächtigung ist z. Z. kein Aussage über weitere Schritte möglich. <b>Stand 10/11:</b> Kein neuer Sachstand. <b>Stand 01/12:</b> Der Sachstand hat sich gegenüber der Meldung für 06/11 (kritische Haushaltslage) nicht geändert</p>

Datum	TOP	Drs.Nr.	Antragsteller	Gegenstand	Kurzfassung des Beschlusstextes
28.01.2010	6.4	186	Grüne	Sozialticket	Der Bürgermeister wird aufgefordert, 1. der Bürgerschaft in der nächsten Sitzung einen Bericht über Ermäßigungen im öffentlichen Nahverkehr für bedürftige Einwohner in verschiedenen Kommunen und Landkreisen (z.B. Berlin, Hamburg, Dortmund, Landkreis Kreis Unna) sowie über die geplante Einführung in Kiel zu berichten. Insbesondere soll über Bedingungen, Höhe und Finanzierung der Ermäßigungen sowie über Veränderung der Fahrgastzahlen des öffentlichen Nahverkehrs nach Einführung der Ermäßigungen berichtet werden; 2. mit der Bundesanstalt für Arbeit und dem Bundesministeriums für Arbeit und Soziales Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, dass die ARGE Lübeck Einsparungen bei Fahrkostenübernahmen, die durch eine Einführung eines Sozialtickets entstehen können, für dessen Finanzierung verwenden darf; 3. sich bei der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung für die Einführung von Ermäßigungen für Bedürftige (Hartz-IV-Leistungs- und SozialhilfeempfängerInnen) im Schleswig-Holstein-Tarif einzusetzen.
25.02.2010	12.2	326	SPD, LINKE, Grüne	Haushaltsbegleitbeschluss 2010	Der Bürgermeister wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Umsetzung der nachfolgenden Maßnahmen einzuleiten bzw. der Bürgerschaft die notwendigen Beschlussvorlagen unverzüglich vorzulegen
				Haushaltsbegleitbeschluss 2010, Ziffer 13.)	13.) Umsetzung der Vorgaben der verfassungsmäßigen Schuldenbremse Zugleich wird der Bürgermeister aufgefordert, der Bürgerschaft baldmöglichst ein Konzept zur Umsetzung der Vorgaben der verfassungsmäßigen Schuldenbremse vorzulegen. Dazu erwartete die Bürgerschaft von Bund und Land, für eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommunen Sorge zu tragen und zukünftig vom Erlass neuer Leistungsgesetze abzusehen, die zu finanziellen Kosten der Kommunen gehen
01.07.2010	4.33	603	SPD, Grüne, Linke	Regelmäßige Sachstandsberichte zur Universität und dem UKSH	Der Bürgermeister wird gebeten in den Sitzungen von Bürgerschaft und Haupt-ausschuss jeweils einen Bericht über den aktuellen Sachstand zur Situation der Universität, u.a. den von der Landesregierung formulierten Plänen zur Streichung der Mediziner Ausbildung sowie zur Privatisierung des UKSH, abzugeben. In der Berichterstattung des Bürgermeisters sind alle diesbezüglichen Beschlüsse und deren Folgen für die Universität und das UKSH welche die Landesregierung oder Andere formulieren, darzustellen.

Termin	Wvl. zur Sitzung	Auftrag an FB	Bereich	ggf. weitere	Sachstand
Februar 2010	Januar 2013	2			<p><b>Stand 02/10:</b> Der Bericht befindet sich in Bearbeitung. <b>Stand 05/10:</b> Der Bericht ist in Arbeit. Es bedarf noch der Abstimmung mit ARGE und Stadtverkehr Lübeck. <b>Stand 09/10:</b> Der Auftrag wurde zurückgestellt, da erforderliche Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stehen. <b>Stand 01/11:</b> Kein neuer Sachstand. <b>Stand 05/2011:</b> In der Bü am 24.02.11 wurde ein Konzept für ein Einstiegsmodell zur Einführung eines Bus-Sozialtickets beschlossen. Der Auftrag wird zusammen abgearbeitet. <b>Stand 11/11:</b> Bericht befindet sich noch in Bearbeitung. <b>Stand 03/12:</b> Durch Abzug eines MA im FBC ruht momentan die Bearbeitung.</p>
September 2011	Januar 2013	1.201			<p><b>Stand 03/10:</b> Die Arbeiten wurden aufgenommen; die Vorlage eines Konzeptes ist noch nicht absehbar. <b>Stand 09/12:</b> Die Arbeiten am städt. Konsolidierungskonzept laufen, erste Übersendung an die Fraktionen erfolgte Ende August, Befassung der Gremien im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2013 ist für Nov. 12 vorgesehen.</p>
Januar 2012	Januar 2013	1	000		<p><b>Stand 07/10:</b> Mit der Bearbeitung wurde unmittelbar begonnen; eine Berichterstattung wird für die Sept-Sitzungen angestrebt. <b>Stand 10/10:</b> Berichterstattung voraussichtlich zur Nov-BÜ. <b>Stand 12/10:</b> Berichterstattung zur Jan-BÜ geplant. <b>Stand 06/11:</b> Berichterstattung wird nach der Sommerpause angestrebt.</p>

Datum	TOP	Drs.Nr.	Antragsteller	Gegenstand	Kurzfassung des Beschlusstextes
23.06.2005	4.17	532 Pkt. 6	CDU/SPD	Wohnungsmarktanalyse und soziales Wohnraumversorgungskonzept	Die Verwaltung wird beauftragt, das Soziale Wohnraumversorgungskonzept umzusetzen und alle zwei Jahre fortzuschreiben.

Bericht an die Bürgerschaft			Wvl. zur Sitzung	Auftrag an FB	Bereich	ggf. weitere beteiligte Bereiche	Sachstand
Nein	Ja	Termin					
	X	alle 2 Jahre	September 2012	2			<p><b>Stand 03/07:</b> Es besteht verwaltungsinterner Abstimmungsbedarf. <b>Stand 06/07:</b> Die Arbeiten zum Bericht sind aufgenommen. Es besteht noch verwaltungsinterner Abstimmungsbedarf. Die Arbeiten zur Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes werden z.z. nicht fortgesetzt, da zunächst das Gesetzgebungsverfahren zum neuen Wohnraumförderungsgesetz für das Land S.H. (SHWoFG) abgewartet werden soll, welches zum 01.01.2009 in Kraft treten soll. Durch dieses Gesetz werden zwei Bundesgesetze (Wohnraumförderungs-gesetz und Wohnungsbindungsgesetz) im Rahmen der Föderalismusreform ersetzt und in einem neuen Landesgesetz zusammengefasst. Dieses neue Gesetz wird u. a. Regelungen zur Anpassung der geförderten Wohnungsaltbestände beinhalten, die sich erheblich auf die Anzahl der geförderten Wohnungen auswirken werden. Die endgültigen Auswirkungen auf die Wohnraumversorgung werden nicht vor Herbst 2008 feststehen. Derzeit laufen Gespräche mit der Wohnungswirtschaft, dem Fachbereich 5 und im Rahmen einer Arbeitsgruppe des Städteverbandes zu den Auswirkungen des geplanten SHWoFG. Die Fortschreibung des Wohnraumver-sorgungskonzeptes wird voraussichtlich im 1. Halbjahr 2009 erfolgen. Der Ausschuss für Soziales wurde in der Dezembersitzung 2007 über das Gesetzesvorhaben des Landes informiert. <b>Stand 09/09:</b> Das Wohnraumförderungsgesetz für Schleswig-Holstein (SHWoFG) ist erst zum 01.07.2009 in Kraft getreten. Eine Fortschreibung auf Basis einer aktualisierten Wohnungsmarktanalyse wird nunmehr in enger Abstimmung mit dem FB 5 und der Lübecker Wohnungswirtschaft verfolgt. Fördermöglichkeiten werden geprüft. Eine Ausschreibung für die Auftragsvergabe spätestens bis zum 30.06.2010 wird angestrebt.</p>

Datum	TOP	Drs. Nr.	Antragsteller	Gegenstand	Ausschuss	Kurzfassung des Beschlusstextes
29.03.2012	4.26	725	DIE LINKE	Humanitäre Sprechstunde	Ausschuss für Soziales	<p>Der Bürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit es möglich ist, im Lübecker Gesundheitsamt eine „Humanitäre Sprechstunde“ für Mitbürgerinnen und Mitbürger</p> <p>1. ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, also auch ohne Krankenversicherung und</p> <p>2. ohne einen festen Wohnsitz und weitere in Frage kommende Personengruppen einzurichten.</p> <p>Es möge sich an das Modell der Hansestadt Bremen angelehnt werden und gleichzeitig mit der Prüfung eine Zeitschiene erstellt werden, die aufzeigt, wann die erste „humanitäre Sprechstunde“ stattfinden könnte.</p>
27.09.2012	4.24	28	BfL	Umsetzung von Maßnahmen gegen Fehlen am Unterricht	Schul- und Sportausschuss	<p>Der Bürgermeister wird gebeten, der Bürgerschaft bis zur Januar-Sitzung 2013 zu berichten, ob, wie und mit welchem Resultat der Maßnahmenkatalog zur Verhinderung von schulischem Absentismus auch tatsächlich an den Lübecker Schulen angewendet wird, um dem stetig ansteigendem unentschuldigten Fehlen am Unterricht effektiv entgegen zu wirken.</p>

Abschl. Beratung im Ausschuss		Termin lt. Beschluss	Wvl. zur Bürgerschafts-Sitzung	Auftrag an FB	Bereich	ggf. weitere beteiligte Bereiche	Sachstand
	x	Juni 2012	Januar 2013	2			<b>Stand 06/12:</b> Der Antrag lag dem Sozial-A zur Sitzung am 15.05.12 vor und wurde zunächst an die Steuerungsgruppe "Integration" überwiesen, um ihn dort zu behandeln und die Kostenfrage zu erörtern. Der Antrag wurde einstimmig vertagt bis die Ergebnisse vorliegen. <b>Stand 09/12:</b> Steuerungsgruppe Integration hat noch nicht getagt.
	x		Januar 2013	4			<b>Stand 11/12:</b> Hierzu findet zunächst eine Abstimmung mit dem Schulamt statt. Über die anschl. Beratung im Schul-A wird dann berichtet; es ist eine abschließende Beratung ist in der Januar-Sitzung vorgesehen.